

MEDIENKONFERENZ

13. August 2026, 10 bis 12 Uhr, Best Western Hotel Bern in Bern

Redetext Dagmar Rösler, Präsidentin LCH

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienschaffende
Liebe Interessierte

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und der Westschweizer Lehrpersonenverband Syndicat des Enseignant·es Romand·es (SER) begrüßen Sie herzlich zur Medienkonferenz zum Start ins neue Schuljahr. Im Gegensatz zu früher nehmen sich die Verbände in diesem Jahr unterschiedlichen Themen an. Wir vom LCH präsentieren die Ergebnisse unserer grossen Umfrage zur integrativen Schule und der SER seine Haltung zum Unterhalt von Schulgebäuden. Dies zeugt nicht davon, dass wir keine gemeinsamen Themen haben: der SER befragte seine Mitglieder erst im Jahr 2023 zur integrativen Schule. SER-Präsident David Rey wird nun einige Worte dazu sagen.

Die integrative Schule ist zum politischen Zankapfel geworden. Dabei spielen Halbwahrheiten aber auch Einzelfälle eine grosse Rolle. Und was sagen die, die täglich den integrativen Unterricht stattfinden lassen? Die sich täglich bemühen, allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, sie angemessen zu fördern und auf ein selbstständiges Leben vorzubereiten? Diese Lehrerinnen und Lehrer haben wir befragt, über 10'000 LCH-Mitglieder haben unsere Fragen beantwortet. Bereits bevor wir die vorliegende Studie mit dem auf Umfragen spezialisierten Institut gfs.bern durchgeführt haben, war klar: Die Meinungen zur integrativen Schule klaffen auch bei den Lehrerinnen und Lehrern weit auseinander. Schon in der Berufszufriedenheitsstudie 2024 zeigte sich, dass die integrative Schule vielen Lehrpersonen Sorgen bereitet. Deshalb war das Commitment der Kantonalsektionen sowie der Stufen- und Fachverbände des LCH gross, bei dieser Erhebung teilzunehmen und konkreter zu erfahren, wo der Schuh drückt.

Wir wollten wissen, wie es Lehrerinnen und Lehrern geht, wie ihre Haltung zur integrativen Schule ist und in welchem grösseren Zusammenhang diese steht. Dies wollten wir mit einer wissenschaftlich fundierten und repräsentativen Meinungsumfrage herausfinden. Diese erlaubt uns, Ideen für sinnvolle Lösungen zu finden. Lösungen, die eine Weiterentwicklung beziehungsweise Stärkung der Schweizer Volksschule ermöglicht. Bevor wir zur Präsentation der Ergebnisse kommen, noch eine Bemerkung: Medien und Politik benutzen vorwiegend den Begriff «integrative Schule». Der LCH hat sich dazu entschieden, von der inklusionsorientierten Schule zu sprechen. Denn im Gegensatz zur Integration in ein bestehendes System wird bei der Inklusion ebendieses System von Beginn weg auf die Bedürfnisse aller ausgerichtet. Zwecks Verständlichkeit benutzen wir in den vorliegenden Medienunterlagen den Begriff «integrative Schule». Dass in der Studie der Begriff «inklusionsorientierte Schule» verwendet wird, soll Sie also nicht verwirren. Nun überlasse ich gfs.bern das Wort: Urs Bieri wird uns nun die wichtigsten Resultate vorstellen.

Hauptproblem: Ungenügende Umsetzungsbedingungen

Nicht der Grundsatz der Integration ist das Problem, sondern die strukturellen Bedingungen. Die heute vorgestellten Ergebnisse von gfs.bern zeigen ein deutliches Bild: Die integrative Schule in der Schweiz ist kein gescheitertes Projekt, aber sie ist eine Baustelle bei laufendem Betrieb. Die dadurch entstandene zusätzliche Belastung schultern grösstenteils die Lehrpersonen. Der LCH findet, dies muss sich ändern. Was ist zu tun? Braucht es eine Rückkehr zu den Kleinklassen wie früher? Diese Forderung vonseiten gewisser politischer Parteien ist in dieser Situation zwar nachvollziehbar, greift jedoch zu kurz. Ausserdem wäre diese Lösung deutlich teurer und sie ignoriert wissenschaftliche Erkenntnisse und die realen pädagogischen Erfolge, die wir bei den integrierten Kindern mit Förderbedarf beobachten. Rund vier Fünftel der Befragten sind der Meinung, dass heterogene Klassen soziale Kompetenzen fördern. Zwei Drittel erleben Lernfortschritte von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf im integrativen Setting als erfüllend.

Trotz dieser Erfolge ist die Haltung der Lehrerschaft gegenüber der integrativen Schule gespalten: Während 51 Prozent die Idee der integrativen Schule befürworten, stehen ihr 48 Prozent kritisch gegenüber, 1 Prozent äusserte

keine Meinung. Die Umfrage zeigt, dass diese Skepsis kein Ausdruck mangelnden Willens, sondern das Resultat von zu wenig oder schlecht verteilten Ressourcen ist. Zudem zeigt sich ein pädagogisches Grundverständnis: Die Ressourcen und Stärken der Schülerinnen und Schüler sollen ins Zentrum rücken und nicht deren Defizite.

Die strukturelle Umsetzung der integrativen Schule ist weit fortgeschritten, wobei die zum Erfolg notwendigen Massnahmen vielerorts fehlen. So finden 84 Prozent der befragten Lehr- und Fachpersonen, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf heute in die Regelklasse integriert sind. Demgegenüber steht, dass 80 Prozent der Lehrpersonen eine deutlich höhere Belastung spüren, da die strukturellen Bedingungen (Zeit, Geld, Fachpersonal) nicht mit der Anzahl der integrierten Kinder mithalten haben. Auch die pädagogischen Ziele wie Chancengerechtigkeit und Bildungsqualität werden deutlich kritischer bewertet.

Die politische Debatte um die Tragfähigkeit der Volksschule ist daher berechtigt, muss aber weg von ideologischen Grabenkämpfen. Viel wichtiger ist eine Diskussion darüber, wie und wo wir die vorhandenen Ressourcen einsetzen. Besonders unter Druck stehen die Klassenlehrpersonen und die Lehrpersonen der Sekundarstufe I. Hier wird die integrative Schule oft nicht als bereichernder Auftrag, sondern als grosse Belastung erlebt. Wenn 80 Prozent der Lehrpersonen angeben, dass ihre Arbeitsbelastung durch die Integration und durch die derzeitige Umsetzung stark gestiegen ist, dann ist das ein Alarmsignal, das die Politik nicht länger ignorieren darf. Wir riskieren, junge, aber auch erfahrene Lehrpersonen durch Überlastung zu verlieren, wenn wir den Fehler im System nicht korrigieren und die Schule allein damit lassen.

Der Vergleich zwischen den Kantonen zeigt, dass Ressourcen überall als knapp wahrgenommen werden. Manchen Kantonen gelingt es jedoch, diese Mängel mit anderen Mitteln abzufedern. Dazu gehören etwa tragfähige schulinterne Strukturen, funktionierende Zusammenarbeit, Unterstützung durch Schulleitung und Schulorganisation oder weitere fachliche Begleitung. Hier zeigt sich, wie relevant nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch tragfähige Strukturen sind.

Lösungsvorschläge: Wege aus der Belastungsfalle

Der LCH befasst sich schon seit vielen Jahren mit der integrativen Schule und deren Herausforderung. Er hat bereits im Jahr 2023 ein breit abgestütztes Positionspapier verfasst, welches Sie im Mediencorner auf LCH.ch finden. Der LCH fordert auf dieser Basis ein beherztes Bekenntnis und ein entschlossenes Vorwärts in der Politik. Es geht nicht darum, den Grundsatz der Integration abzuschaffen, sondern ihn an Bedingungen zu knüpfen, die seine Wirksamkeit und Zumutbarkeit garantieren.

- 1) **Beschleunigung der Prozesse:** Die Zeitspanne zwischen einem Förderantrag und der tatsächlichen Umsetzung der Massnahmen ist heute viel zu lang. Wir fordern eine bürokratische Entschlackung und zeitnahe Diagnosen, damit Kinder dann Unterstützung erhalten, wenn sie sie brauchen, und nicht erst Monate später.
- 2) **Flexible Ressourcen:** Im aktuellen System werden Ressourcen fast ausschliesslich an formelle Diagnosen gekoppelt. In der Regel kommen sie nur tropfenweise einzelnen Kindern zugute. Wir brauchen flexiblere Modelle, die den tatsächlichen pädagogischen Bedarf in einer Klasse berücksichtigen, ohne langwierige Diagnoseverfahren und ohne Fehlanreize zu setzen.
- 3) **Umgang mit Klassengrösse und -zusammensetzung:** Sobald Kinder mit attestiertem Förderbedarf oder hohem zusätzlichem Unterstützungsbedarf integriert sind, soll die Klasse verkleinert werden. Dies ist für 92 Prozent der Befragten die wirksamste Lösung, um Qualität und Integration zu vereinbaren. Kleinere Klassen sind die Grundvoraussetzung für die notwendige individuelle Förderung in heterogenen Gruppen. Nur so bleibt mehr Zeit für die individuelle Betreuung.
- 4) **Ausbau personeller und zeitlicher Ressourcen:** Die statistische Analyse belegt eindeutig, dass ein ausreichender Einsatz von ausgebildeten Fachpersonen und genügend Zeit für die Planung am wichtigsten sind für das Gelingen der integrativen Schule. Ein ausreichendes Kontingent an Assistenzstunden und heilpädagogischer Begleitung sollte nicht mühsam erstritten werden müssen, sondern direkt in den Klassen vorhanden sein – nicht nur in Deutsch und Mathematik, sondern über alle Fächer hinweg. Auch auf der Sekundarstufe I muss diese Unterstützung sichergestellt werden. Genug Personal ist der stärkste Faktor, um die Integration wieder als erfüllenden Auftrag erlebbar zu machen. Aktuell fühlen sich Sek-I-Lehrpersonen besonders im Stich gelassen, was zu einer überdurchschnittlich kritischen Haltung führt.
- 5) **Separative und befristete Gefässe:** Es braucht ein Mittel gegen Spannungen in stark belasteten Klassen. Niederschwellig organisierte, separative Gefässe etwa in Form von Schulinseln (möglichst im

Schulhaus) sind hierfür ideal. Schülerinnen und Schüler, die den Regelunterricht beeinträchtigen, können diese befristet besuchen, bis sie wieder in ihre Stammklasse integriert werden.

Diese Lösungsvorschläge basieren auf repräsentativen Aussagen von über 10'000 Lehrpersonen, die täglich im Klassenzimmer erfahren und erleben, was die integrative Schule in Realität bedeutet. Es ist einfach, aus der Ferne oder aus einem ruhigen Büro heraus zu dozieren, wie schulische Integration funktionieren sollte. Lehrerinnen und Lehrer hingegen stehen täglich im Schulzimmer und tragen die pädagogische, organisatorische und strukturelle Verantwortung dieser Entwicklung unmittelbar – jeden Tag, jahrein, jahraus.

Die Zukunft der integrativen Schule entscheidet sich nicht an der Grundsatzfrage, ob wir sie wollen – denn viele Lehr- und Fachpersonen tragen die pädagogische Idee grundsätzlich mit. Sie entscheidet sich an der politischen Bereitschaft, endlich die notwendigen Bedingungen für ein gelingendes System und für eine gelingende Umsetzung zu schaffen. Die Botschaft an die Politik ist klar: Wer Integration bestellt, muss sie auch finanzieren. Geschieht dies nicht, bleibt die integrative Schule ein leeres Versprechen, das systematisch auf Kosten der Gesundheit der Lehrpersonen und der Bildungsqualität aller Kinder geht.